

Sozialausschuss

na:

Herrn Oberbürgermeister Hofmann-Göttig
Frau Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein
Frau Beigeordneter Theis-Scholz
Herrn Beigeordneten Prümm

Behindertenbeauftragter



08.05.2016

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

Ansprechpartner/in:

Joachim Seuling

behindertenbeauftragter@stadt.koblenz.de
(nicht für förmliche Rechtsbehelfe)

Fon zentral: 0261 129 - 0

Fon: 0261 129 - 3110

Fon zentral aus Koblenz: 115

Fax: 0261 129 - 9998

www.koblenz.de

Jahresbericht 2015/ 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bericht über die Arbeit des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2015/ 2016

1. Arbeitsbereiche/ Aktivitäten 2015/ 2016

- a. Individuelle Beratung/ Gespräche und Schriftverkehr mit Petenten
 - Notlagen und Unterstützung bei Anträgen an die Verwaltung
 - Suche nach barrierefreien Wohnungen
 - Suche nach Arbeitsstellen
- b. Bürgersprechstunde gemeinsam mit dem Landesbehindertenbeauftragten, Matthias Rösch
- c. Treffen der Organisationen der Selbsthilfe Behinderter, „Runder Tisch“
- d. Tag der Begegnung
- e. Treffen mit Schulklassen
- f. Runder Tisch der Selbsthilfeorganisationen

- g. Kommunaler Aktionsplan
- h. Nahverkehrsplanung/ Fahrgastbeirat/ ÖPNV
- i. Verkehrsentwicklungsplan 2030
- j. Zusammenarbeit mit der Hochschule Koblenz, Projekt „Access for All“ (s.u.)
- k. Tourismus und Veranstaltungen
 - Wochenmarkt
 - Weihnachtsmarkt
 - Behinderten WCs in Koblenz
- l. Kultur und Schule
 - Theater der Stadt Koblenz
 - Project Open Ear
 - Kino Projekt (Film „Unerhört“, Induktionsschleifen in Koblenzer Kinos)
 - Kooperation Förderzentrum für Gehörlose und Schwerhörige in Neuwied – IGS Koblenz – Vermittlung von Kontakten und Gesprächen
- m. Stellungnahmen und Beratung
 - Barrierefreiheit im öffentlichen Bereich
 - Barrierefreiheit privater Projekte
 - Bürgerzentrum Lützel, Straßenbauvorhaben, Anfragen
 - Renovierung Soldatenheim
 - Neugestaltung des Löhr-Centers außen und innen, Barrierefreiheit während der Bauzeit
 - Barrierefreiheit Forum Confluentes, Behebung noch bestehender Mängel und Verbesserungsvorschläge
 - Hinweise für die Gestaltung von Straßen und Gehwegen im öffentlichen Bereich, Einsatz von Bodenindikatoren in Koblenz
 - Checkliste barrierefreie Kindertagesstätten

2. Einzelfeststellungen, besondere Aktivitäten und Vorschläge für Maßnahmen der Verwaltung bzw. der Gremien der Stadt Koblenz:

a. Sitzungen von Gremien der Stadt Koblenz

Zahlreiche Gremien der Stadt Koblenz wie Ausschüsse und Arbeitsgruppen behandeln Themen, die Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen betreffen. Oft wird erst während der Beratung deutlich, wo Beratungsbedarf für die jeweiligen Gremien durch den Behindertenbeauftragten besteht. Auch werden Themen unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes oder Mitteilungen aus der Verwaltung angesprochen, die zuvor in den

Sitzungsunterlagen nicht angesprochen werden. Hieraus leitet sich eine hohe Anzahl an Sitzungen von Gremien der Stadt Koblenz ab, bei denen die Anwesenheit des Behindertenbeauftragten gefordert ist.

Vorschlag:

Durch die Besetzung des Postens eines stellvertretenden Behindertenbeauftragten könnte die hohe zeitliche Belastung zumindest auf zwei Personen verteilt werden. Weiterhin könnte die Abstimmung von Baumaßnahmen und -planungen der Stadt im Rahmen eines vierteljährlichen Jour Fix nach dem Vorbild der Stadt Mainz durchgeführt werden, bevor diese Maßnahmen in den Gremien behandelt werden.

b. Runder Tisch

Für die verschiedenen Organisationen, in denen sich Menschen mit und ohne Beeinträchtigung für die Belange ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen stellen die Sitzungen des Runden Tisches eine zeitliche Belastung dar. Die Zeit nur für die Vernetzung oder den Austausch von Informationen zu verbringen wird von vielen Organisationen als nicht mehr zeitgemäß angesehen. Zu Treffen des Runden Tisches wurden 2015 und 2016 daher nicht mehr regelmäßig sondern anlassbezogen eingeladen. Insgesamt trafen sich die teilnehmenden Organisationen 2015 drei mal, in 2016 bisher ebenfalls drei mal. Leider wird die Chance, bei Planungen in der Stadt Koblenz auf das breitgefächerte Wissen der Betroffenen zurückzugreifen nur noch begrenzt genutzt. Diesen Informationsfluss alleine auf die Person des Behindertenbeauftragten zu konzentrieren erscheint nicht zielführend.

Vorschlag:

Beteiligung des Runden Tisches der Selbsthilfeorganisationen an Planungen im Kultur- und Schulbereich sowie bei der Umsetzung des Masterplans der Stadt Koblenz und der ihm nachgeordneten Planungsdokumente nach dem Vorbild der Vorbereitung der Bundesgartenschau Koblenz 2011.

c. Tag der Begegnung

Seit 2015 laden die o.a. Organisationen rund um den Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in Koblenz zu einem Tag der Begegnung ein. Die Organisation der Veranstaltung hat federführend der Bereich Koblenz des Bundesverbandes der Selbsthilfe Körperbehinderter übernommen. Durch die engagierte Arbeit des zweiten Vorsitzenden des BSK Bereich Koblenz e.V., André Bender, konnte die Veranstaltung 2016 am 7. Mai auf dem Zentralplatz verbunden mit den Auftritten zahlreicher Künstler wie dem Chor der Behindertenwerkstatt oder dem Koblenzer Künstler Rainer Zufall durchgeführt werden. Der Landesbehindertenbeauftragte, Matthias Rösch, nahm ebenfalls an der Veranstaltung teil und sprach ein Grußwort.

d. Wohnungsmarkt

Ein Themenschwerpunkt bei den Anfragen von Menschen die behindert werden war die Suche nach barrierefreien Wohnungen. Leider sind diese Wohnungen nicht nur selten zu finden, sie sind oft auch teurer als vom

Sozialamt akzeptiert wird.

Handlungsbedarf:

Hier sind im Rahmen der Umsetzung des Wohnraumversorgungskonzeptes dringend Maßnahmen erforderlich. Zumindest sind die entsprechenden Richtsätze der Sozialhilfe bzw. des Wohngeldes an die Marktpreise barrierefreier Wohnungen anzupassen und nicht an den allgemeinen Mietspiegel.

e. **Projekt „Access for All“**

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Hochschule Koblenz wurden zum einen die bewährten Veranstaltungen fortgeführt, bei denen Studentinnen und Studenten des Fachbereichs Architektur während eines Selbstversuchs die bauliche Barrierefreiheit von Einrichtungen hautnah erleben. 2015 wurde dabei die Realschule Plus auf der Karthause erkundet, 2016 ist geplant, Kindertagesstätten zu besuchen. Anschließend dokumentieren die StudentInnen ihre Ergebnisse in Seminararbeiten, für 2016 ist darüber hinaus eine Entwurfsaufgabe mit der Erkundung verbunden. Weiterhin wurde beim WS 2015 ein Modul des Masterstudiengangs zum Thema Access for All durch den Behindertenbeauftragten unterstützt.

f. **Beschäftigungsquote beim Arbeitgeber Stadt Koblenz**

Gemäß einer Information des Haupt- und Personalamtes der Stadt Koblenz ist es im Bereich der Verwaltung der Stadt Koblenz in den vergangenen Jahren nicht gelungen, die vorgeschriebene Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung zu erfüllen. Nur durch begleitende Maßnahmen konnte verhindert werden, dass die Stadt Koblenz zu einer Ausgleichzahlung verpflichtet worden ist. Gegenüber den Verpflichtungen der privaten Wirtschaft, Menschen mit Behinderungen eine Beschäftigung im 1. Arbeitsmarkt zu ermöglichen ist dies trotzdem eine unzureichende Vorbildfunktion als öffentlicher Arbeitgeber.

Vorschlag:

Durch eine aktive Informations- und Beschäftigungspolitik sollte die Stadt Koblenz sich aktiv darum bemühen, zeitnah die gesetzlich geforderte Mindestquote zu erfüllen. Hierzu könnte beitragen, dem Leiter des Haupt- und Personalamtes die Aufgabe eines Inklusionsbeauftragten zu übertragen, mit konkreten Zielvorgaben wie dies für Leitungsfunktionen in der Wirtschaft üblich ist. Weiterhin sollte geprüft werden, die im Jahr 2003 zwischen der Stadt Koblenz, den Personalräten und den Schwerbehindertenvertretungen abgeschlossene Integrationsvereinbarung hinsichtlich ihrer bisherigen Wirksamkeit zu überprüfen und gegebenenfalls als Inklusionsvereinbarung neu zu erarbeiten.

g. **Barrierefreier ÖPNV**

Seit dem 1. Januar 2016 werden elektrische Krankenfahrräder in Bussen des Verkehrsverbundes Rhein-Mosel nicht mehr transportiert. Dieser erhebliche Veränderung des Angebots für Menschen mit eingeschränkter Mobilität wurde weder mit den Vertretungen von Menschen mit Beeinträchtigungen zuvor besprochen noch wurde zeitgerecht darüber

informiert oder eine Übergangslösung vorgesehen, wie es in anderen Bereichen des täglichen Lebens üblich ist, wenn solch eine wesentliche Änderung vorgenommen werden soll.

So wurde in Koblenz nicht einmal ein Ersatzangebot entwickelt. In anderen Verkehrsverbänden wird Nutzern solcher orthopädischer Hilfsmittel ein Ersatztransport durch geeignete Fahrzeuge angeboten, die auf Abruf bereitstehen und mit dem Ticket des ÖPNV bezahlt werden.

Handlungsbedarf:

Die Stadt Koblenz als Aufgabenträger ist hier gefordert, zeitnah, ein Nachverkehrsangebot auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität zu gewährleisten.

h. Wahlen und öffentliche Informationsveranstaltungen

Neben der Möglichkeit, unabhängig von einer Beeinträchtigung an Wahlen teilnehmen zu können, ist es für den Prozess der Teilhabe an demokratischen Prozessen wichtig, dass Menschen mit Beeinträchtigungen nicht durch Barrieren daran gehindert werden an

Informationsveranstaltungen teilzunehmen. Daher ist es erforderlich, nur solche Versammlungsorte zu buchen/ auszuwählen, die eine barrierefreie Durchführung gewährleisten. Dies betrifft sowohl die Vorsorge für Menschen mit eingeschränkter Mobilität als auch Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen. Weiterhin ist es erforderlich, bereits in der Einladung zu einer solchen Veranstaltung deutlich zu machen, dass der Veranstaltungsort barrierefrei erreichbar ist und die Veranstaltung barrierefrei durchgeführt wird. Ebenso ist in der Einladung anzugeben, wie Menschen mit Beeinträchtigungen ihren Unterstützungsbedarf anmelden können.

Leider war in der Vorbereitung der Landtagswahl nicht zu beobachten, dass bei der Planung, Einladung und Durchführung von Informationsveranstaltungen im Vorfeld der Wahl, die Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen berücksichtigt worden sind.

Weiterhin besteht Verbesserungsbedarf bei allen Informationsveranstaltungen der Stadt Koblenz. So wird in der Rhein-Zeitung vom 3. Mai 2016 zu einer Bürgerversammlung am Donnerstag, 12. Mai, im Görres-Gymnasium, Gymnasialstraße 3, eingeladen. Menschen mit Beeinträchtigung können dieser Einladung nicht entnehmen, ob der Raum erreichbar ist, ob eine Hörunterstützung vorgesehen ist oder an wen sie sich hinsichtlich eventuell vorhandenem zusätzlichen Unterstützungsbedarf wenden können.

Handlungsbedarf:

Die Stadt Koblenz sollte anstreben, alle Informationsveranstaltungen der Stadt barrierefrei durchzuführen und dazu auch entsprechend einzuladen. Über die Fraktionen im Rat der Stadt Koblenz sollte auf private Veranstalter wie Parteien, Organisationen und Firmen hingewirkt werden, diesen Standard ebenfalls einzuhalten, insbesondere bei öffentliche Informationsveranstaltungen.

i. Wochenmarkt/ Weihnachtsmarkt und Veranstaltungen im öffentlichen Raum

Über die zuvor genannten Grundlagen aktueller Gestaltung von Veranstaltungen hinaus bietet sich bei den Marktveranstaltungen im Bereich der Stadt Koblenz die Chance, auf der Grundlage unserer gut ausgebauten Infrastruktur, Barrierefreiheit der Märkte zu einem Markenzeichen zu entwickeln.

Handlungsbedarf:

Hierzu ist es allerdings erforderlich, die barrierefreien Wege nicht durch Kabelschächte oder ungeeignete Aufbauten wieder mit Barrieren zu versehen. Städte wie Trier haben ihren Weihnachtsmarkt bereits weitgehend von diesen Stolperfallen befreit, wo noch vorhanden werden diese Brücken durch Übergangsstellen für Rollstuhlnutzer gequert. Der italienische Markt auf dem Zentralplatz hat gezeigt, dass ansprechende Marktstände auch so gebaut sein können, dass kleinwüchsige Menschen oder Nutzer von orthopädischen Hilfsmitteln dort entspannt einkaufen können.

j. Lage von Menschen mit Behinderung/ Statistik

Während der Arbeiten für den kommunalen Aktionsplan ist durch die Auswertung vorhandener Daten sowie die zahlreichen Gespräche und Befragungen Betroffener ein Bild von der Lage behinderter Menschen in Koblenz entstanden – eine Momentaufnahme. In Treffen mit Mitarbeiterinnen der Verwaltung wurden daher Möglichkeiten gesucht, ohne erheblichen Mehraufwand vorhandene Datenquellen zu nutzen, um Politik und Verwaltung kontinuierlich mit Daten zur Lage von Menschen mit Behinderung in der Stadt Koblenz zu versorgen. Nur so ist gewährleistet, dass Entscheidungen, welche die Belange von Menschen mit Beeinträchtigung betreffen, auf gesicherten Grundlagen beruhen.

Vorschlag:

Basierend auf den verfügbaren Daten verschiedener Quellen sollte der jährliche Bericht des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales um ein Kapitel Lage von Menschen mit Behinderung ergänzt werden.

Abschließend möchte ich mich ausdrücklich für die Unterstützung meiner Arbeit durch die Verwaltung der Stadt Koblenz bedanken. Ebenso gilt mein Dank den Mitgliedern des Rats der Stadt Koblenz für die Möglichkeit, in den Gremien der Stadt die Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen aktiv zu vertreten.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Joachim Seuling